

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	01/23
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	24.01.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 21:05 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger und Dr. Rothe</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer und Schendzielorz</p> <p><u>SPD</u> Stadträtin Linier, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p> <p><u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles, Dilsberg</p>
weiter anwesend:	Herr Weiher, FB 1
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Striegel und von Reumont; Stadträte Wachert, Wagner und Scholl
Urkundspersonen:	Stadträte Hornung und Schmitz
Sachvortrag:	Herr Jürgen Nagel, Fa. S-Bar Catering (zu TOP 3) Herren Rainer Herb und Dr. Jörg Vogt, Stadtwerke (zu TOP 5)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit der Bürgerfragestunde.

Es gab keine Wortmeldungen aus der Bürgerschaft.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 12/2022 vom 20.12.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor. Die Einarbeitung der vorgetragenen Änderungen wird zugesagt.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 13/22 vom 20.12.22 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Folgende Beschlüsse werden bekanntgegeben:

Projektvisualisierung „Radhaus am Rathaus“

Der Gemeinderat nimmt die Projektvorstellung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen damit beauftragt, das Projekt „Radhaus am Rathaus“ grundsätzlich fortzuführen und weitere Alternativen zu dem vorgestellten Entwurf zu prüfen.

Teilnahme an der 14. Bündelausschreibung Gas 2024-2026 der Gt-Service GmbH

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, sich an der 14. Bündelausschreibung Gas 2024-2026 der Gt-Service GmbH des Gemeindetages Baden-Württemberg zu beteiligen.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 3 Enthaltungen, dass die Ausschreibung mit einem Anteil an Biogas erfolgen soll.

Teilnahme an der 22. Bündelausschreibung Strom 2024-2026 der Gt-Service GmbH

Die Verwaltung wird mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beauftragt, sich an der 22. Bündelausschreibung Strom 2024-2026 der Gt-Service GmbH des Gemeindetages Baden-Württemberg zu beteiligen. Alle Verbrauchsstellen

sollen mit Ökostrom ohne Neuanlagenquote (und ohne Wertungskriterium) ausgeschrieben werden.

Erwerb der Grundstücke mit den Flst.-Nrn. 473 und 473/1, Gemarkung Dilsberg, „Julius-Waibel-Leinpfad“

Der Gemeinderat lehnt den Erwerb der Grundstücke mit den Flst.-Nrn. 473 und 473/1, Gemarkung Dilsberg, im Jahre 2023 einstimmig ab.

3: **Verlängerung des Pachtvertrags mit der Firma S-Bar Catering GmbH & Co. KG**

3.1: **Sachvortrag**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Weiher berichtet, der Vertrag bestehe seit 1,5 Jahren und laufe bis zum 31.08.2023. Er könne längstens über vier Jahre abgeschlossen werden. Da es keine Beschwerden gab und auch nur positive Rückmeldungen aus der Schule bekannt seien, wolle man den Vertrag um ein Jahr bis 2024 verlängern und sehen, wie sich dann die Sachlage darstelle.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Bergsträsser stellt gleich zu Beginn einen **Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Debatte, sobald jede Fraktion einmal zu Wort gekommen sei. Er wolle damit das Zeitmanagement verbessern. Eine Wortmeldung jeder Fraktion reiche aus.

In seiner Gegenrede sagt Stadtrat Katzenstein, der Respekt gebiete es, dass man Herrn Nagel Gelegenheit gebe, Fragen zu beantworten. Er sei dafür extra aus Nürnberg angereist. Man solle sich mehr Zeit nehmen, über dieses Thema zu sprechen.

Der Bürgermeister schlägt vor, sich auf ein zeitliches Limit für die Beratung zu einigen, da die Stadtwerke zu 19:45 Uhr bestellt seien. Bis dahin könne dieser TOP besprochen werden.

Stadtrat Rehberger meint, Herr Nagel solle vorab in die Thematik einführen, da sich so sicher unnötige Nachfragen vermeiden ließen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Bergsträsser wird mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Bürgermeister gibt das Wort an Herrn Nagel und bittet um ein Diskussionsende gegen 19:45 Uhr.

Herr Nagel führt aus, die Firma S-Bar Catering bestehe seit 2009 und beliefe seit 2010 Schulen und Kitas. Es handle sich um einen klassischen handwerklichen Betrieb, was die Zubereitung angehe. Man mache Gemüsebrühe selbst, koche Suppen

klassisch, verwende wenig Zucker und Salz, keine chemisch und industriell bearbeiteten Lebensmittel. Für Kartoffelbrei verwende man die klassischen Zutaten wie Kartoffel, Milch und Butter. Panierte Schnitzel würden jedoch zugekauft. Man habe keine deklarationspflichtigen Zusatzstoffe im Essen und sei einer der führenden Anbieter im Bereich Schul- und Kita-Essen mit Standorten in Nürnberg, Stuttgart, Schweinfurt und München. Die Pflicht zu öffentlichen Ausschreibungen bringe die Thematik mit sich, dass statt regionalen ggf. auch weiter entfernte Firmen Zuschläge erhielten. So beliefe beispielsweise seine Firma nun Neckargemünd, und nicht das näher gelegene Nürnberg, das wiederum von einem Anbieter aus Österreich beliefert werde. Man habe die entsprechenden Strukturen im Unternehmen aufgebaut und schaue daher nach passenden Ausschreibungen. Man stelle sich vor, sich in der hiesigen Region stärker ausbreiten zu können. Die Ausschreibungspflicht bedeute sehr umfangreiche Leistungsverzeichnisse. Kein klassischer Gastronom, der nicht auf Schulessen spezialisiert sei, könne das mit dem Bio-Anteil und den ganzen Richtlinien bei solchen Ausschreibungen leisten. Man habe auch Biokontrollen und Ähnliches im Unternehmen, um sich an Ausschreibungen beteiligen zu können. Dahinter stehe ein enormer Aufwand, den man von außen nicht erkenne. Man dokumentiere fast mehr als man koche. Daher gebe es in dem Bereich eher sehr große Anbieter statt kleine regionale. In Stuttgart koche man 1800 Essen. Es sei kritisiert worden, dass man jeden Tag Essen aus Nürnberg liefern würde. Dies stimme jedoch nicht. Man liefere einmal oder maximal zwei Mal die Woche und koche vor Ort entsprechend zu. Außerdem habe man Touren über mehrere Schulen, so dass nicht alles einzeln angefahren werde. Personal- und Spritkosten wären sonst nicht tragbar. Man müsse wirtschaftlich arbeiten.

Stadträtin Schlüchtermann spricht für die Grünen und bedankt sich für die Ausführungen. Diese Erklärung hätte sie gerne schon vor einem Jahr bekommen. Der damalige Aufschrei sei der Vermutung geschuldet, das Essen würde jeden Tag einzeln geliefert. In heutigen Zeiten, wo Kinder immer mehr in Schule und Hort essen, sei es ihnen besonders wichtig, dass die Kinder gutes Essen bekommen. Sie hätten das alles gerne früher gewusst. Man habe damals das Gefühl gehabt, das Essen sei nur gut und günstig. Es sei klar, man müsse sich an die Ausstattung der Schulen halten, wo nicht alles frisch und selbst gekocht werden könne. Man möchte Geld lieber in Personal als in Sprit investieren und wolle von der Stadt frühzeitig Bescheid bekommen, um in der nächsten Vergabe mitdiskutieren zu können.

Der Bürgermeister stellt klar, dieser Wunsch lasse sich so nicht realisieren. Grundsätzlich müsse man sich bei einer Vergabe an Vorgaben halten und, wie in diesem Fall, ein Leistungsverzeichnis mit ca. 130 Seiten erstellen. Es sei extra noch eine Vergabespezialistin für Mahlzeiten in Schulzentren hinzugezogen worden. Bioanteil sei im Leistungsverzeichnis enthalten. Für ein Vergabeverfahren gebe es Kataloge zur Bewertung und danach müsse man Angebote auswählen. Lörrach, mit einer Ausschreibung im gleichen Zeitraum, habe gar kein Angebot erhalten und Neckargemünd sei in der günstigen Situation gewesen, sogar die Wahl zwischen zwei Anbietern zu haben. Dies sei ein Riesenerfolg gewesen. Bei der Frage, wie weit man ein Gremium an dem Leistungsverzeichnis beteilige, könne es passieren, dass man

irgendwann nur viele Arbeitskreise habe, aber keine verwertbaren Ergebnisse. Herr Weiher habe es mit Spezialisten ausgearbeitet.

Herr Weiher ergänzt zu den möglichen Alternativen aus der Region, diese hätten sich die Ausschreibung angesehen, aber kein Angebot abgegeben. Man könne Unternehmen nicht verpflichten, ein Angebot abzugeben und müsse das annehmbarste anhand einer Kriterien-Matrix nehmen.

Laut Bürgermeister sei der Anbieter S-Bar dem am nächsten gekommen.

Stadträtin Schlüchtermann entgegnet, man wolle sich mehr bei den Vergabekriterien beteiligen.

Der Bürgermeister erwidert, man habe dafür Fachleute dabei.

Stadtrat Konrad konkretisiert, es gehe ihnen mehr um ein Ernährungskonzept an Schulen und Kitas, nicht um die Ausschreibungen.

Herr Nagel erklärt, ein Punkt der Ausschreibung seien die DGE-Vorgaben. Diese seien höchst anerkannt, doch aus seiner Sicht würden sich die Eltern beschweren, dass es den Kindern nicht schmecke, wenn man sie zu 100% umsetze. Das wirtschaftliche Risiko dabei könne man nicht kleinreden und müsse abwägen. Man könne nicht die Kinder an der nächsten Dönerbude essen lassen und gleichzeitig sagen, der Caterer muss die DGE dann übertreffen. Kinder würden viel öfter außerhalb der Schule essen als innerhalb. Man könne nicht Kichererbsen-Püree an die Kinder bringen, wenn es das nicht auch zu Hause gibt. Beliebt seien jedoch Gemüsecremesuppen mit Brot. Da müsse man einen Konsens finden. Rein vegetarisch funktioniere zum Beispiel nur in Kitas. Sobald die Kinder auch raus können, um sich selbst Essen zu kaufen, funktioniere das eben nicht mehr und ein Caterer könne das Risiko der Gemüselasagne nicht tragen. Ganz streng vorzugehen gehe nur, wenn alle Kinder in der Schule essen müssen. Kinder sollten auch nicht überfordert werden und darum seien in der Ausschreibungen die DGE -Anforderungen, was es wie oft in der Woche geben solle.

Stadträtin Schlüchtermann sagt, man kritisiere das Kochkonzept nicht. Man wolle regionale Anbieter nicht ausschließen und ein rechtzeitiges Einbeziehen sei versprochen wurden.

Stadtrat Rehberger dankt im Namen der Freien Wähler für die Ausführungen. Dadurch seien einige Fragen beantwortet. Was ihn überzeuge, sei, dass es keine Beschwerden gegeben habe. Im Vorfeld habe er auch seine Enkeltochter gefragt und sie habe auch nichts Negatives gehört. Daher sei es selbstverständlich, dass die Fraktion der Verlängerung zustimme. Es könne als Glücksfall betrachtet werden, dass man damals eine Auswahl hatte, weil sich zwei Anbieter beworben hatten und man sich für S-Bar entschieden habe, auch weil der Preis durchaus im Bereich liege, wo sich Familien das leisten können. Beim vorangegangenen Anbieter habe die Stadt einen jährlichen Zuschuss im fünfstelligen Bereich gezahlt.

Stadtrat Schimpf hält nichts vom Vorschlag, „viele Köche beim Brei mitmachen“ zu lassen. Man habe keine Alternativen, die so kompetent und in dieser Form kommen. Wichtig sei, die Zahl der Kinder zu erhöhen, die das Angebot nutzten und nicht zu Dönerbuden gingen.

Stadtrat La Licata berichtet von seinen eigenen Erfahrungen: er sei in Heidelberg zu Schule gegangen und habe vom Essensgeld lieber nur eine Brezel gekauft, damit noch Geld für Zigaretten übrig blieb. Er kenne das Problem, dass Schüler nicht in der Schule essen. Auch er habe sich erkundigt und die Zufriedenheit sei gegeben. Der Anbieter sei, was die Preise angehe, relativ gut. Das Thema Fahrten habe sich heute geklärt und die Gegenargumente seien damit erledigt. Er werde dem wie beim letzten Mal zustimmen.

Der Bürgermeister rechnet vor: nach Nürnberg und zurück seien es 400 km die Woche. Bei einem regionalen Anbieter unter Umständen nur 50 km Entfernung, der dann aber jeden Tag fahre.

Stadtrat Bernauer dankt im Namen der CDU. Mit dem Hintergrundwissen seien nun alle Bedenken aus dem Weg geräumt. Ein lokaler Hersteller wäre wünschenswert, aber ohne entsprechendes Angebot habe man es gut getroffen. Keine Beschwerden aus der Schule spräche für S-Bar.

Stadträtin Dr. Welter, selbst Lehrerin am Schulzentrum, hat beobachtet, dass durch den Kiosk viel Müll entstehe, den die Kinder nicht immer in den Mülleimer werfen würden. Sie wolle wissen, ob man das umstellen und weniger Tüten und Verpackungen rausgeben könne. Außerdem möchte sie wissen, um welche Nachbesserungen, die eingangs angesprochen wurden, es sich handle.

Herr Nagel habe über den Müll bereits mit den Kolleginnen gesprochen, es würden wohl immer Tüten zugegeben, Brettchen nur bei Wienerle mit Brötchen. Kinder sollten weiterhin Tüten bekommen, wenn sie es nicht gleich essen wollten. Ketchup wolle man bald statt aus Portionstütchen aus Flaschen anbieten; der Corona-bedingte Portionsketchup werde noch aufgebraucht. Wenn Müll auf Pausenhof lande, dann müsse man woanders ran. Es gebe Pläne, Spontanessen zuzulassen, wenn jemand nicht bestellt habe und noch ausreichend Portionen übrig seien. Mehr Gesundes am Kiosk sei ebenso angedacht, doch würden Kinder Müsli mit Obst oder nur Apfel nicht gut annehmen. Ein Hausmeister dürfe alles verkaufen, der Caterer müsse die gesunden Sachen liefern und man wolle sich mit Kiosk keine Konkurrenz machen. Den Pausenverkauf brauche es, um das Mittagessen rentabel zu machen. Mitarbeitende könnten so auch den ganzen Tag beschäftigt werden, statt nur wenige Stunden.

Der Bürgermeister ergänzt, wenn Herr Nagel jede Pause 50 Äpfel verkaufen könnte, würde er es machen. Kein Caterer verschließe sich dem. Was sich die Eltern wünschten, sei oft nicht das, was die Kinder tatsächlich essen wollten.

Herr Nagel nennt als Beispiel dass nach seinen Erfahrungen große Kinder bzw. Jugendliche nicht mit gemischtem Salat (wenn überhaupt, bevorzugen sie getrennte

Zutaten) von Dönerstand oder Pizzabude wegzubringen seien. Auch Lasagne werde oft von Kindern nicht gegessen.

Stadträtin Welter spricht das von ihr an der Schule beobachtete Müllproblem an und fragt, ob es möglich sei das Essen ganz ohne Müll abzugeben. Mit den Damen vom Kiosk habe sie bereits gesprochen.

Herr Nagel sagt, dies könne sofort umgesetzt werden. Tüten würden Geld kosten und man arbeite daran, dass es so umgesetzt werde.

Stadtrat Fritsch bedankt sich für 1,5 Jahre Versorgung der Kinder ohne Beschwerden. Er sei sich sicher, dass der Caterer auf die Wünsche der Kinder eingehe. Dass in der ganzen Zeit nur eine einzige Beschwerde eingegangen sei, sei doch eine enorme Leistung und wirklich in Ordnung. Er werde dem zustimmen.

Laut Stadtrat Schmitz sei die Gereiztheit aus dem Grund entstanden, weil Kolleginnen und Kollegen den ersten Satz nicht richtig wahrgenommen hätten. Man werde der Verlängerung zustimmen. Es ginge der Fraktion lediglich um den Ablauf des Verfahrens; in welchen Umfang die Fraktionen bei der Formulierung der Anforderungen mitsprechen könnten und sollten. Man habe auch von der Erfahrung des Caterers profitiert und wisse auch von Kindern und Enkelkindern, soweit vorhanden, dass man einen Glücksgriff habe.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, den bestehenden Pachtvertrag inkl. des zugehörigen Rahmenvertrags mit der Firma S-Bar Catering GmbH & Co. KG vom 26.08.2021 um ein Jahr bis zum 31.08.2024 zu verlängern.

4: **Anpassung des Verpflegungsentgelts im Hort – Rücknahme eines gefassten Beschlusses**

4.1: **Sachvortrag**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister erklärt, die geänderte Regelung, nach der am reduzierten Steuersatz für das Jahr 2023 festgehalten werde, habe keiner wahrgenommen. Es sei kein Schaden entstanden. Den höheren Betrag habe man niemals abgebucht und setze die Entgeltordnung nun den vorherigen Stand zurück.

4.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den gefassten Beschluss über die Anpassung der Entgeltordnung – außerschulische Betreuung aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 22.11.2022 (damaliger TOP 5) zurückzunehmen.

5: **Straßenbeleuchtung: reduzierter Nachtbetrieb**

5.1: **Sachvortrag**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister berichtet von der Umstellung auf LED in den letzten Jahren und schlägt eine weitere Reduzierung der Nachtbeleuchtung vor. Die bisherige sei noch niemanden aufgefallen.

Herr Herb berichtet, er sei bei der Umstellung auf LED-Beleuchtung dabei gewesen und am Anfang habe es Beschwerden gegeben, da Hofeinfahrten nicht mehr beleuchtet würden. Sinn der Straßenbeleuchtung sei aber nun einmal die Beleuchtung der Straßen, und es könne deutlich Energie und Kosten gespart werden. Im Folgenden stellt er die Optionen allgemeines Abschalten, reduzierter Nachtbetrieb und dauerhaft reduzierter Betrieb mit möglichen Risiken, Einsparungen und Kosten vor. Aktuell habe man einen reduzierten Betrieb von 23 bis 5 Uhr. Eine Komplettabschaltung oder Teilabschaltung koste sehr viel Geld und berge rechtliche Risiken. Er empfehle daher eine Verlängerung des Reduzierbetriebs in der Nacht. Was man dadurch spare, solle dann für weitere LED-Umstellung genutzt werden.

5.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister fragt nach den kwh-Kosten der Straßenbeleuchtung.

Laut Herrn Dr. Vogt gebe es einen sehr alten und langfristigen Vertrag mit den Stadtwerken Heidelberg. Die Kosten könne er aber spontan nicht genau benennen, sie seien jedoch gering, schätzungsweise etwas mehr als 20 ct.

Der Bürgermeister sagt, man habe eine geringe Amortisationszeit von unter einem Jahr bei einer Verlängerung des Reduzierbetriebs. Er habe die Wahrnehmung des Reduzierbetriebes selbst ausprobiert und sich zur Reduzierzeit an die Straße gestellt. Es sei ihm kaum aufgefallen, da alles weiterhin leuchte, nur eben weniger stark. Direkt auf der Straße merke man es nicht. Er sei gegen eine Nachtabschaltung wegen des ÖPNV, der auch nachts fahre. Da sei es wichtig, dass man auch nachts Licht habe und man könne es rechtlich nicht anders vertreten. Die Verantwortung liege bei der Stadt und dies sei ein guter Kompromiss, um weiter Energie zu sparen.

Stadträtin Welter fragt, um wie viel Prozent gedimmt werde, wann die restlichen Leuchten auf LED umgestellt würden, warum die Umstellung ca. 7.000 € koste, ob man den Reduzierbetrieb wie in Sinsheim ganztags fahren könne und warum das Gremium erst jetzt entscheide.

Herr Herb beantwortet die Fragen wie folgt: Man dimme um ca. 50% der energetischen Leistung, was etwa 48 % des Lichtstroms entspreche. Man habe noch mit 600€ sehr teure und technisch einwandfreie Trilluxleuchten, die man nicht ohne Not wegwerfen wolle. Man schaue da auch auf die Gesamtwirtschaftlichkeit.

Bei der Umstellung entstünden Kosten, da Steuerempfänger in 38 Schaltstellen ausgetauscht und umprogrammiert werden müssten. Jeder Wechsel koste 150 bis 200 €. Sinsheim schalte ab und Eppelheim fahre dauerhaft Reduzierbetrieb, was beides mit Risiken verbunden sei. Der Reduzierbetrieb werde schon seit 20 Jahren so durchgeführt, evtl sei das in der Stadt nicht so bekannt gewesen. Nun gehe es lediglich um eine Verlängerung. Heute werde nicht grundsätzlich über den Reduzierbetrieb entschieden.

Der Bürgermeister führt aus, die Stadt sei mit der Energiekrise wegen möglicher Einsparungen auf die Stadtwerke zugegangen: wie könne man Energie sparen, ohne die Sicherheit zu gefährden? Der Vorschlag der Verwaltung wäre der Beginn des Reduzierbetriebes um 21 Uhr, wo sich aber noch viele Leute auf der Straße befinden. Man habe den Vorschlag genau abgewogen, denn man wolle nicht an der Sicherheit der Bevölkerung sparen. Im Winter werde die Beleuchtung schon um 16:30 Uhr gebraucht. Es sollten sich alle sicher fühlen. Ab 21 Uhr sei etwas dunkler in Ordnung.

Herr Dr. Vogt erklärt, der Reduzierbetrieb falle kaum auf, weil die Leuchten allmählich und langsam heruntergedimmt werden. In der Realität kaum zu merken.

Stadträtin Dr. Welter fragt nach den rechtlichen Vorgaben für den Straßenverkehr hinsichtlich der Beleuchtung.

Herr Herb antwortet, die DIN-Norm 13201, seit 2019 in Kraft, lasse einen gedimmten Betrieb der Straßenbeleuchtung zu. Dies sei sicherer als eine Teilabschaltung (etwa jede zweite Leuchte ausschalten erzeugt Hell-Dunkel-Felder, die das Auge nicht adaptieren könne) oder komplettes Ausschalten. Bei Fußgängerüberwegen und an einigen anderen besonderen Standorten sei eine Dimmung nicht erlaubt. In den hellsten Monaten (Juni, Juli) werde der Reduzierbetrieb die ganze Nacht gefahren und dann fahren die Anlagen nicht ganz hoch. Bei Verkehrsunfällen im Dunkeln frage die Stadtverwaltung stets bei den Stadtwerken nach, ob die Straßenbeleuchtung funktioniert habe und ausreichend gewesen sei.

Stadtrat Rehberger teilt mit, die Fraktion halte den Beschlussvorschlag von 21 bis 6 Uhr für machbar. Es werde der Sicherheit Rechnung getragen und gleichzeitig die Einsparung von Energie und Kosten im monetären Bereich gewährleistet. Deshalb werde man zustimmen, um das zu vollziehen.

Stadtrat Bernauer dankt im Namen der Fraktion für die Präsentation. Man sehe das Vorgehen wie in Sinsheim, die Komplettabschaltung, als nicht machbar an. Es gehe auch um Einbruchschutz. Ein dauerhafter Reduzierbetrieb treffe auch Geschäfte und die Gastronomie. 21 Uhr sei noch viel los und daher grenzwertig. Man wolle daher 22 bis 6 Uhr vorschlagen und lieber mehr auf LED umstellen. Außerdem schätze man, dass die Stadtwerke intakte Leuchten nicht sinnlos wegwerfen.

Stadtrat Hertel sagt, man sehe das in der SPD sehr ähnlich, habe sich aber nicht wegen 21 oder 22 Uhr abgestimmt. Er persönlich favorisiere 22 Uhr, denn da machen auch die letzten Supermärkte zu und viele würden zuhause sein. Für wichtig halte er

es auch, die Bürgersteige so instandzusetzen, das ein sicheres Begehen auch bei Dunkelheit möglich sei. So viele Schlaglöcher stellten ein Gefahrenpotenzial und Verletzungsrisiko dar. Er dankt für die Erklärung, warum noch 25% alte Leuchten da seien. LED brauche ja auch CO2 und wenn der alte Bestand noch gut sei, solle das erhalten bleiben. Interessant seien die verschiedenen Schaltstationen. Es komme immer wieder vor, dass es bei Facebook Beschwerden gebe, weil angeblich jemand Leuchten abschalte. Wenn eine Lampe aus sei, dann sei sie defekt und dafür gebe es Nummern drauf. Viele meinten, alles sei elektronisch und die Stadtwerke würden es sofort merken.

Stadtrat La Licata hat die Beleuchtungsreduzierung letzte Woche nach dem Lesen der Unterlagen bemerkt. Vorher sei es ihm nie aufgefallen. Das sei auch sein Argument für 21 Uhr. Man nehme es einfach kaum wahr. Komplett oder Teilabschaltung mit Hell-Dunkel-Feldern halte er nicht für machbar. Die Fragen zu den Gefahren seien schon beantwortet und er könne bestätigen, dass man sich bei Verkehrsunfällen tatsächlich erkundige, ob die Leuchten in Ordnung seien. Ebenso werde auch „feindliches Grünlicht“ geprüft.

Stadtrat Fritsch teilt mit, als KFZ-Meister habe er sich sehr gefreut, dass man nicht sinnlos austausche und wegwerfe. Er fragt nach den Kosten für einen ausgeleuchteten Radweg entlang der B 37.

Herr Herb antwortet, es sei aktuell ein Pilotversuch, der nicht beleuchtet werde. Dies werde wohl später gemacht.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich ab der Kümmelbachstraße um die Gemarkung Heidelberg handle. Im Stadtgebiet Neckargemünd seien die Straßen alle beleuchtet, sobald der Luxmesser sage, es sei dunkel. Alle seien an, soweit sie nicht defekt seien. Was Heidelberg mache, gehe die Stadtverwaltung nichts an. Für Neckargemünd gelte es zu entscheiden, ob man künftig den Reduzierbetrieb um 21 oder 22 Uhr starten, und wann man wieder auf volle Leistung schalten wolle.

Stadtrat Fritsch fragt, ob man die Beleuchtung des Radwegs an der B45 Richtung Kriegsmühle bezahle.

Herr Herb antwortet, außerhalb der Bebauung habe man keinerlei Beleuchtung. In Heidelberg, z.B. von Bergheim nach Kirchheim, seien Radwege im Dunkeln. Der Radweg gehöre dem Land und man sei da nicht zuständig.

Laut Bürgermeister gibt es in Walkmühle und Kriegsmühle Beleuchtung.

Stadtrat Fritsch wünscht eine Broschüre mit den Informationen.

Der Bürgermeister verweist auf die digital verschickten Unterlagen. Auf die Frage, ob jemand die Präsentation in Papierform wolle, sei keine Antwort gekommen. Aus Klimaschutzgründen wolle man nicht alles pauschal ausdrucken.

Stadträtin Dr. Welter erscheint es unlogisch, wenn im Sommer ausschließlich Reduzierbetrieb möglich sei und es dann bei Unfällen keine Probleme gebe, im Winter aber nicht.

Herr Herb erklärt, die Norm gestatte den Reduzierbetrieb in Abhängigkeit von der Verkehrslast. Man könne dies nicht in verkehrsreicher Zeit machen.

Herr Dr. Vogt ergänzt, an unterschiedlichen Orten könne nicht unterschiedlich gedimmt werden. Es müsse immer für alles gelten.

Der Bürgermeister sagt, es könne nicht Montag bis Mittwoch anders gedimmt werden als am Wochenende. Man müsse nun eine feste Zeit vereinbaren. Vorschlag der Verwaltung sei von 21 bis 6 Uhr. Stadtrat Bernauer schlage 22 bis 6 Uhr vor. Die Umstellung werde wohl bis zu 6 Monate dauern und man könne dann zur Herbst-Wintersaison starten.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei 7 Enthaltungen, den täglichen „Reduzierten Nachtbetrieb“ der Straßenbeleuchtung für die Zeit von 21–06 Uhr zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

6: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

6.1: **Sachvortrag**

Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen einstimmig an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

7: **Mitteilungen und Anfragen**

7.1: **Rainbach 2.0**

Der Bürgermeister teilt mit, von den Stadträten Konrad und Wachert sei er über eine gemeinsame interfraktionelle Abstimmung informiert worden. Man schlage eine naturnahe Gestaltung mit Hotel- und Gastrobetrieb, Wellness, Tagungshotel, evtl. auch Radhotel vor. Es solle mit dem Investor in diese Richtung verhandelt werden. Da er Nicken vernehme, werde er Kontakt mit dem Investor aufnehmen und versuchen, ihn in diese Richtung zu bewegen. Stillstand tue der Stadt und dieser Stelle nicht gut.

7.2: **Kommunale Wärmeplanung**

Stadträtin Groesser fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister antwortet, Frau Watzelt stelle derzeit mit den beiden Konvoi-Kommunen die Anträge zusammen und man habe schon erste Unternehmen angefragt. Mit Kosten von ca. 60.000 bis 100.000 € sei man dabei. Man müsse jedoch erst Förderanträge stellen. Die Bundesförderung setze bereits definierte Gebiete voraus, die man dann ausbaue. Da man aber wissen wolle, wo Potenziale lägen, gehe man in die Landesausschreibung.

Stadträtin Groesser fragt, wann man Ergebnisse im eigentlichen Sinne sehen könne?

Der Bürgermeister antwortet, das wäre erst im Herbst, da man bis dahin Gebäude ausmessen und definieren müsse. Man sei mit Ingenieurs- und Ausschreibungsbüros in Kontakt.

7.3: **Jugendbeteiligung**

Stadträtin Schlüchtermann verweist auf die erfolgreiche Jugendbeteiligung in Meckesheim, wo Viertklässler das Rathaus besucht hätten. Sie fragt, ob man das auch in Neckargemünd machen könne.

Laut dem Bürgermeister seien grundsätzlich alle Schulen willkommen und diese wüssten das auch. Er selbst gehe in Schulen, wann immer er eingeladen werde, und die Klassenstufe 8 aus Realschule und Gymnasium würden regelmäßig kommen. Er sehe es nicht als seine Aufgabe, auf die Schulen zuzugehen und den Besuch einzufordern. Es gebe auch Besuch von den Kindergärten. Ein Thema sei dabei Datenschutz, denn nicht alle Kinder dürften in die Zeitung. Man mache sehr viel, hänge jedoch nicht alles an die große Glocke.

7.4: **Altstadtsatzung, Pressespiegel, Griechische Weinstube**

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand Altstadtsatzung, Griechische Weinstube und nach einem Pressespiegel der Stadt.

Der Bürgermeister berichtet, die Situation der Weinstube habe sich gewandelt und man sei auch bei anderen Objekten sowie Grundstücken dran. Die Altstadtsatzung habe man auf der Agenda, doch müsse diese sorgfältig und nicht als „Schnellschuss“ gemacht werden. Hinsichtlich Pressespiegel erklärt er, die Stadt habe zwar ein Abo der Rhein-Neckar-Zeitung, man dürfe aber keine Presseartikel weitergeben, auch wenn manche Artikel abfotografiert und bei Facebook geteilt werden. Jeder könne bei Bedarf ein Abo abschließen.

7.5: **Radweg Ziegelhausen nach Heidelberg**

Stadtrat Fritsch berichtet, er habe von Bürgern den Auftrag erhalten, sich nach dem Radweg zu erkundigen. Alle würden auf dem Gehweg fahren. Wenn Leute einkaufen gingen, würde ihnen die Tasche weggefahren, und man könne doch Symbole auf die Straße machen.

Laut Bürgermeister könne man das nicht so einfach. Radfahrer sollten ab zehn Jahren nicht auf den Gehwegen fahren. Würden sich alle daranhalten, bräuchte man keine zusätzlichen Schilder.

Stadtrat Katzenstein wirft ein, Eltern dürften Kinder auf dem Gehweg begleiten.

7.6: **Verkehrsschilder Hanfmarkt**

Stadträtin Weber fragt, wann das Schild „Vorfahrt geändert“ am Hanfmarkt entfernt werde.

Der Bürgermeister antwortet, es gehöre schon längst weg. Eins sei bereits umgefahren wurden, da habe man ihn darauf angesprochen, warum es weg sei. Es sei zur Einführung der Hauptstraße hingestellt wurden und er werde es ans Landratsamt weitergeben.

Nach Abschluss der Tagsordnung verlässt Stadträtin Weber die Sitzung.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Hornung

Die Schriftführerin

Stadtrat Schmitz